



Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit braucht mehr ***Unternehmertum***

07.09.2026

Auf einen Blick

- Die Schweizer Wirtschaft hat Wachstum und Emissionen bereits weitgehend entkoppelt, weil Innovation und verlässliche Rahmenbedingungen zusammenwirken.
- Überbordende Nachhaltigkeitsbürokratie bindet Ressourcen und setzt Fehlanreize, statt unternehmerische Lösungen mit hoher Wirkung zu fördern.
- Nachhaltigkeit gelingt besser mit technologieneutralen Rahmenbedingungen, weniger Regulierung und mehr Raum für unternehmerisches Handeln.

Die Schweiz wirtschaftet in vielerlei Hinsicht nachhaltig: Innerhalb der OECD verbrauchen wir pro Franken des Bruttoinlandprodukts mit am wenigsten Energie und verursachen die tiefsten Treibhausgasemissionen. Das Wirtschaftswachstum konnte damit zu grossen Teilen von den Emissionen entkoppelt werden. Die Industrie etwa hat ihren CO₂-Ausstoss seit 1990 nahezu halbiert und ihre Wertschöpfung verdoppelt – bei gleichbleibendem Industrieanteil. Damit hat sie ihre Klimaziele für 2040 fast erreicht. Der Grund für diesen Erfolg: ein verlässlicher regulatorischer Rahmen und Innovation.

Einen regulatorischen Rahmen braucht es deshalb auch künftig. Doch die Bürokratielast ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Würde man die jährlichen Nachhaltigkeitsberichte der Unternehmen aufeinanderstapeln, würden sie den Zürcher Prime Tower mit seinen 126 Metern überragen. Die damit verbundenen Kosten binden Zehntausende Arbeitskräfte und verschlingen Hunderte Millionen Franken – Ressourcen, die anderswo produktiver eingesetzt werden könnten.

Doch das grösste Problem sind nicht die Compliance-Kosten, sondern die Fehlanreize. Denn Kapital und unternehmerische Energie fliessen zunehmend dorthin, wo Förderkriterien erfüllt werden können. Werden bestimmte Technologien bevorzugt, verschieben sich Ressourcen zu Lösungen, die ins Raster passen – nicht zwingend zu jenen mit dem höchsten Wirkungspotenzial. Doch Nachhaltigkeit braucht Innovation – und die lässt sich nicht am Reissbrett planen. Vieles spricht deshalb dafür, unternehmerische Stärken vermehrt für die Nachhaltigkeitsziele zu nutzen. Denn Firmen verarbeiten dezentrales Wissen besser als jede zentrale Behörde. Für sie zählen Ergebnisse, nicht Prozesse und Formulare. Märkte sortieren schlechte Ideen aus, Förderprogramme tun dies nicht. Und Unternehmen können schneller reagieren als Politik und Verwaltung.

Wer die Nachhaltigkeitsziele erreichen will, darf auf diese unternehmerischen Kräfte nicht verzichten. Nötig sind deshalb weniger Regulierung und Bürokratie. Der Staat sollte sich auf verlässliche, technologieneutrale Rahmenbedingungen wie Versorgungssicherheit, Infrastruktur oder Bildung und Forschung konzentrieren. Bewusstes nicht oder weniger regulieren ist das Gebot der Stunde. In einer Welt, die Risiken immer weniger tragen will, mag das unbequem sein. Doch wer Risiken wegreguliert, erstickt auch Chancen im Keim.

Erstpublikation dieses Textes erfolgte am 8. September 2026 in „Die Volkswirtschaft“.



Alexander Keberle

Leiter Standortpolitik, Mitglied der Geschäftsleitung